

**Stellungnahme der Interessengemeinschaft E-Dampfen zur
Richtlinie 2011/64/EU hier:
Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und
zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse**

Remchingen, den 03.07.2018

Die Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V. sieht sich in allen Punkten der Stellungnahme aus dem Februar 2017 bestätigt. Die immer noch gültige damalige Erklärung fügen wir dieser Stellungnahme bei.

Die EU-Kommission kommt nach der Umfrage aus dem Jahr 2017 (Diskussionsstand Januar 2018) weiterhin zu folgendem Schluss:

*Es besteht derzeit zu wenig Klarheit über die gesundheitlichen Risiken der E-Zigaretten. Sie sollen weniger gesundheitsschädlich sein, aber ausreichende Erkenntnisse liegen noch nicht vor.*1*

In wissenschaftlichen Kreisen, auch bei Institutionen der Tabakprävention, die sich in der Vergangenheit eher skeptisch zu E-Dampfprodukten äußerten, setzt sich die Erkenntnis von PHE England weiter durch. So äußerte sich Frau Ute Mons, Leitung der Stabsstelle Krebsprävention des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ), öffentlich in einem Bericht der Berliner Morgenpost*2 zum Weltnichtrauchertag 2018 mit den Worten:

„Auch wenn nicht alle Fragen beantwortet sind: Experten gehen davon aus, dass E-Zigaretten wahrscheinlich deutlich weniger schädlich sind als herkömmliche Zigaretten – und wahrscheinlich auch weniger schädlich als Tabakerhitzer“, meint die Expertin vom DKFZ.

Die Kommission sollte dieser inzwischen weithin akzeptierten wissenschaftlichen Meinung Rechnung tragen und weiterhin eine EU-weite Mindeststeuer auf E-Dampfprodukte ablehnen. Eine Lenkungssteuer auf ein Produkt einzuführen, das zum einen zur Reduktion des Tabakkonsums beitragen kann, zum anderen zweifelsfrei die bekannten Schäden durch fortgesetzten Tabakkonsum verhindert, widerspricht der Gesundheitsvorsorge, der sich die EU verpflichtet hat. Der Sinn einer Lenkungssteuer würde ad absurdum geführt.

Freundliche Grüße

Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V.
EU Transparenzregister Nr. 009519725481-41

*1) Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages vom 16.03.2018

*2) Berliner Morgenpost online am 31.05.2018

Stellungnahme der Interessengemeinschaft E-Dampfen zur Aufnahme von E-Zigaretten und Nachfüllbehältern in die Richtlinie 2011/64/EU

Butzow, 05.02.2017

Die Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V. lehnt eine zusätzliche Steuer auf tabaklose E-Dampfprodukte ab.

Die Richtlinie 2011/64/EU behandelt ausschließlich Rauchtabakprodukte. Analog zur Richtlinie 2014/40/EU wäre eine Einbeziehung der E-Dampfprodukte als tabakähnliches Produkt, mit der Maßgabe, dass die Mitgliedsstaaten **keine** gesonderte Steuer auf E-Dampfprodukte erheben dürfen, sinnvoll. Dies sollte in der Richtlinie 2011/64/EU festgelegt werden.

Begründung:

Diese Regulierung würde zur Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes beitragen und Handelsschranken sowohl für Gewerbetreibende als auch für Verbraucher beseitigen.

Die europäische Union sollte ein hohes Gesundheitsschutzniveau gemäß Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gewährleisten und zwar unter Berücksichtigung der Tatsache, dass Verbraucher, die auf E-Dampfprodukte umsteigen, ihr Risiko an von Rauchtabak verursachten Krankheiten zu erkranken um ca. 95%*¹ reduzieren. Französische Ärzte geben hier sogar 98% an.

Die sinkende Tabakraucherquote ist teilweise den seit nunmehr 12 Jahren auf dem Markt befindlichen E-Dampfprodukten geschuldet. Eine Steuer auf diese Produkte würde diesen Trend stoppen. Vermutlich würde eine nicht unerhebliche Anzahl von Neuumsteigern wieder zur Tabakzigarette zurückkehren. Der Anreiz für Raucher wäre erheblich geringer. Das liegt nicht unbedingt an der Höhe einer Steuer. Allein die Tatsache, dass besteuert wird, suggeriert dem Verbraucher, dass E-Dampfprodukte genauso schädlich seien wie Rauchtabakprodukte. Schon die Richtlinie 2014/40/EU führt dazu, dass durch gleich aussehende Warnhinweise Verbraucher über die tatsächlich bestehenden minimalen Gefahren getäuscht werden.

Erschwerend für eine Steuer auf E-Dampfprodukte kommt hinzu, dass die Grundstoffe zum Herstellen von E-Liquids (Nachfüllflüssigkeiten) jederzeit frei auf dem Markt verfügbar sind. Eine Ausnahme bildet das Nikotin. Hier hat die EU zum Schutz der Verbraucher die Verpackungsmenge auf 10 ml und die Konzentration auf 20 mg/ml begrenzt. Nikotin in hohen Dosierungen wäre bei einer Steuer auf diese Produkte ein interessantes Schmuggelgut, welches von

Zoll vermutlich schwer zu kontrollieren wäre. Ein Schwarzmarkt mit hochkonzentriertem Nikotin wäre die Folge. Ein sinnvoller Verbraucherschutz würde hierdurch ausgehebelt werden.

Der Anteil der Steuern auf Tabakprodukte setzt sich gemäß der Richtlinie 2011/64/EU aus mehreren Steuern zusammen. Grundlage für den Prozentsatz der kumulierten Steuer ist der gewichtete durchschnittliche Kleinverkaufspreis. Die Mehrwertsteuer auf E-Dampfprodukte ist unumstritten. Legt man nun die Tatsache zugrunde, dass die spezifische Verbrauchssteuer gemeinsam mit der Ad-Valorem-Komponente eine Lenkungssteuer gemäß Artikel 168 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union darstellt, müsste man obigen Ausführungen entsprechend eine hypothetische Steuer auf E-Dampfprodukte auf 5% der spezifischen Verbrauchssteuer und der Ad-Valorem-Verbrauchssteuer begrenzen. Bei einer solchen Regelung würden die Mitgliedsstaaten die Kosten der Steuererhebung nicht durch die Einnahmen finanzieren können. Allein die Erhebung der Daten zum Ermitteln des gewichteten durchschnittlichen Kleinverkaufspreises würde zu einem unverhältnismäßigen Aufwand für die Mitgliedsstaaten sowie für die Hersteller und Händler führen.

Wir appellieren an Sie, unseren Vorschlag in Ihre Entscheidungsfindung einzubeziehen und anzuerkennen, dass unsere Argumentation durch den gesunden Menschenverstand gerechtfertigt ist.

Auch schließen wir uns dem Briefing Paper der NNA^{*2} an.

--

Freundliche Grüße

Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V.

EU Transparenzregister Nr. 009519725481-41

*1

[https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/457102/Ecigarettes_an_evidence_update_A_report_commissioned_by_Public Health England FINAL.pdf](https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/457102/Ecigarettes_an_evidence_update_A_report_commissioned_by_Public_Health_England_FINAL.pdf)

*2

<http://nnalliance.org/images/documents/Tobacco-Excise-Directive-Briefing---161129-Final.pdf>

Statement of the Interessengemeinschaft E-Dampfen on the Inclusion of E-Cigarettes and Refill Containers in Directive 2011/64 / EU

Butzow, 05.02.2017

The Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V. rejects an additional tax on tobacco-free electronic vape products.

Directive 2011/64/EU covers only tobacco products. By analogy with Directive 2014/40/EU, it would be sensible to include electronic vape products as a tobacco-like product **with the proviso that the Member States shall not be entitled to impose a separate tax on electronic vape products. This should be defined in Directive 2011/64/EU.**

Rationale:

This regulation would contribute to the harmonization of the European Single Market and eliminate trade barriers for both traders and consumers.

The European Union should ensure a high level of health protection in accordance with Article 168 of the Treaty on the Functioning of the European Union, taking into account the fact that consumers who switch to electronic vape products are at risk of tobacco-related diseases by about 95%* LESS than tobacco smokers. (1) French physicians even indicate 98% less*.

The declining tobacco smoking quota is partially due to the electronic vape products which have been on the market for 12 years now. A tax on these products would stop this trend. It is also likely that a considerable number of newcomers would return to the tobacco cigarette. For smokers, the motivation to switch would be significantly lower. This is not necessarily due to the tax, but the fact that a tax is being imposed at all, suggests to the consumer that electronic vape products are just as harmful as smoke tobacco products. Directive 2014/40/EU already leads consumers to be deceived about the actual minimal risks due to the same warning signs as on tobacco products.

A further complication for a tax on electronic vape products is that the basic materials for the production of E-Liquids (refill liquids) are always freely available in the market, the only exception being nicotine. In order to protect consumers, the EU limited the packaging to 10 ml and the concentration to 20 mg/ml. With a tax on these products, highly dosed Nicotine would surely be an interesting contraband good, and probably be difficult to control by customs. A black market with highly concentrated nicotine might be the result. A meaningful consumer protection would thus be levered out.

According to Directive 2011/64/EU, the share of taxes on tobacco products consists of several taxes. The percentage of the cumulative tax is the weighted average retail price. The VAT on electronic vape products is undisputed. On the basis of the fact that the specific excise duty, together with the ad valorem component, constitutes a steering tax under Article 168 of the Treaty on the Functioning of the European Union, a hypothetical tax on electronic vape products should be limited to 5% specific consumption tax and ad-valorem-consumption tax. In such a scheme, the Member States would not be able to finance the cost of the tax collection by means of revenue. Simply collecting the data to determine the weighted average retail price would lead to disproportionate costs for the Member States, as well as for producers and traders.

We appeal to you to consider our proposal in your decision making process and acknowledge that our reasoning is justified by common sense.

Also, we affiliate to the NNA* (2) briefing paper.

-

Sincerely,

Interessengemeinschaft E-Dampfen e.V.
EU Transparenzregister Nr. 009519725481-41

*1

[https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/457102/Ecigarettes_an_evidence_update_A_report_commissioned_by_Public Health England FINAL.pdf](https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/457102/Ecigarettes_an_evidence_update_A_report_commissioned_by_Public_Health_England_FINAL.pdf)

*2

<http://nnalliance.org/images/documents/Tobacco-Excise-Directive-Briefing---161129-Final.pdf>